

... rung 40,3%) auf einheimische Ex-
... porte (domestic exports) und
... 58.582 Mio.HK\$ (Steigerung 51,7%)
... auf Transitexporte (re-exports).

Von den Monatsergebnissen her ge-
... sehen lagen die einheimischen Ex-
... porte im September mit 12.414
... Mio.HK\$ 28,4% höher, die Tran-
... sitexporte mit 7.142 Mio.HK\$ 40,9%
... und die Importe mit 18.567 Mio.HK\$
... 20% höher als im Vergleichsmonat
... 1983.

In einem Kommentar zu den Stati-
... stiken sagte ein Regierungsspre-
... cher, daß September der dritte Mo-
... nat mit einem ununterbrochenen Ex-
... portüberschß gewesen sei. Juli-
... September sei auch das erste Jah-
... resquartal seit sieben Jahren ge-
... wesen, das ein Aktivsaldo in der
... Handelsbilanz verzeichnet habe
... (Hong Kong Trader, Nov. 1984).
-ni-

*
*
*
*
*
*
*
*

**Zur Reform der Industriegewirtschaft
in der Volksrepublik China**

Erhard Louven

*
*

* * * * *

1. Einleitung

Auf der 3. Plenartagung des XII.
Zentralkomitees der Kommunisti-
schen Partei Chinas, die am 20.
Oktober 1984 in Beijing stattfand,
wurde der "Beschuß des Zentralko-
mitees der Kommunistischen Partei
Chinas über die Reform des Wirt-
schaftssystems"(1) einstimmig an-
genommen(2). Nach der Reform der
Landwirtschaft, die im Zentrum der
3. Plenartagung des XI. Zentralko-
mitees (Dezember 1978) stand(3),
liegt nun auch für die Industrie-
wirtschaft ein Dokument vor, das
die Reformdiskussionen der vergan-
genen Jahre zusammenfaßt. Die
Sprache des Dokumentes sowie eini-
ge andere amtliche Verlautbarun-
gen, die zum Verständnis der Indu-
striereform mit herangezogen wer-
den werden müssen, lassen darauf
schließen, daß ein Kompromiß der
unterschiedlich orientierten Frak-
tionen innerhalb der chinesischen
Führung gefunden wurde. Nimmt man
den Text des Beschlusses zum Nenn-
wert, so kann in der Tat von einem
Abschied von der zentralen Plan-
wirtschaft sowjetischer Prägung
gesprochen werden; eine genauere
Analyse ergibt jedoch, daß die
Richtung, in der sich die Indu-
striegewirtschaft bewegen kann, kei-
neswegs eindeutig festgelegt ist.

2. Die Ausgangslage

Die Reform in der Landwirtschaft
hat ohne Zweifel große Erfolge be-
wirkt, die das Leben der Bauern in
entscheidender Weise verbessert
haben. Dies wird aus der folgenden
Tabelle, die auf von chinesischen
Statistikern immer noch gehät-
schelten Bruttowerten beruht,
nicht ohne weiteres erkennbar.

Einen besseren Einblick in die
Entwicklung gibt die folgende Ta-
belle 2, die die Pro-Kopf-Einkom-
men der beiden Bevölkerungsgruppen
zeigt.

Für Tabelle 2 gilt die übliche
Einschränkung, daß nämlich die
Zahlen auf Repräsentativerhebungen
beruhen, wodurch eine Verzerrung
in Richtung auf höhere Durch-
schnittswerte zustande kommt, als
sie mit aller Wahrscheinlichkeit

bei einer Totalerhebung zu erwar-
ten wären.

Die Notwendigkeit einer Reform der
Industriegewirtschaft ergab sich -
neben den in diesem Sektor imma-
nenten Problemen - auch daraus,
daß viele Industriearbeiter die
Erfolge auf dem Lande mit Interes-
se verfolgten und Vergleiche an-
stellten. Verstärkt wurde der
Druck dadurch, daß die gute Situa-
tion auf dem Lande ihren Nieder-
schlag in steigender Kaufkraft und
entsprechender Nachfrage in ver-
schiedenen Sektoren der Industrie-
wirtschaft (z. B. Baumaterialien,
elektronische Unterhaltungsgeräte)
fand. Hinzu kommt, daß das Verant-
wortlichkeitssystem auf dem Lande
einen Überhang von Arbeitskräften
geschaffen habe.(4) Es gebe gegen-
wärtig in den ländlichen Gebieten
300 Mio. Arbeitskräfte, doch lasse
sich die Landarbeit von nur 100
Mio. erledigen, so daß die restli-
chen 200 Mio. frei wären für Ar-
beit in der Industrie, im Ver-
kehrs- und Transportwesen sowie im
städtischen Dienstleistungssektor.

Die Industriegewirtschaft war nicht
in gleichem Maße wie die Landwirt-
schaft vorangekommen, was sicher
damit zu erklären ist, daß die
landwirtschaftliche Reform ver-
gleichsweise einfach zu bewerk-
stelligen war und daß hier die
freigesetzten Eigeninteressen der
Bauern Produktion und Produktivi-
tät schnell erhöhten. Die kompli-
kere Situation der Industrie-
wirtschaft, die sich im Stadium
des intensiven Wachstums befindet,
erforderte Veränderungen des Sys-
tems an vielen Stellen. Die Dinge
lagen hier nicht so einfach am Ta-
ge, eingehendere Untersuchungen
wurden notwendig, und Teilreformen
wurden in diesem Bereich zunächst
versuchsweise eingeführt.

Das Dokument über die Wirtschafts-
reform stellt immer noch bestehen-
de Mißstände in aller Deutlichkeit
dar. Bislang sei die wirtschaftli-
che Effizienz der städtischen Be-
triebe noch niedrig, das gewaltige
Potential der urbanen Wirtschaft
sei bei weitem noch nicht ausgen-
utzt, die Verluste und Verschwen-
dungen im Bereich der Produktion,
des Aufbaus und der Warenzirkula-
tion seien noch gewaltig. Deutlich
wird dies an einer Zeitreihe, die
das gesellschaftliche Gesamtpro-
dukt und das Volkseinkommen ver-
gleicht (Tabelle 3).

Mit Ausnahme des Jahres 1981 ist
das Volkseinkommen (=gesamter Net-
toproduktionswert aller materiel-
len Produktionsabteilungen) also
geringer gestiegen als das gesell-
schaftliche Gesamtprodukt, mithin
verringerte sich die Relation
Volkseinkommen/gesellschaftliches
Gesamtprodukt ständig - ein Aus-

druck dafür, daß Ineffizienz und Verschwendung ständig zugenommen haben.

3. Eine zentrale Aussage des Reformdokumentes: Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse

Ziel der Reform sei die Errichtung einer dynamischen sozialistischen Wirtschaftsstruktur. Die Überlegenheit des sozialistischen Systems habe nicht voll zur Geltung gebracht werden können, weil die Wirtschaftsstruktur erstarrt sei, so daß den Anforderungen der wachsenden Produktivkräfte nicht mehr entsprochen werden konnte. Die wichtigsten Mängel dieser Struktur seien darin begründet, daß keine klare Unterscheidung zwischen den Funktionen der Regierung und denen der Unternehmen gezogen worden sei. Es bestünden Barrieren zwischen verschiedenen Abteilungen und Regionen; der Staat habe eine übermäßige und starre Kontrolle über die Unternehmen ausgeübt. Warenproduktion, Wertgesetz und die Rolle des Marktes seien vernachlässigt worden; bei der Verteilung habe absolute Gleichmacherei geherrscht. Auf diese Weise seien die Begeisterung, die Initiativen und die Kreativität der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gelähmt worden. Das Problem der Überkonzentration in der Wirtschaftsstruktur sei lange Zeit ungelöst geblieben und sei im Laufe der Zeit immer gravierender geworden. Gewiß seien mehrfach Kompetenzen auf die unteren Ebenen verlagert worden, doch dies habe sich lediglich auf die Regulierung der Verwaltungsbefugnisse zwischen zentralen und lokalen Behörden, zwischen höheren und niedrigeren Ebenen sowie verschiedenen Abteilungen und Regionen beschränkt. Die Kernfrage, nämlich den Unternehmen Entscheidungsbefugnisse zu geben, sei nicht behandelt worden.

Die Unternehmen im urbanen Sektor stehen also im Mittelpunkt der Reformbemühungen. Die Unternehmen, so das Dokument, seien der Schlüssel zur Umstrukturierung der Volkswirtschaft, insbesondere die großen und mittelgroßen Betriebe im Volkseigentum. Keine staatliche Institution könne die komplizierten Verflechtungen zwischen den Betrieben vollständig übersehen und sich rechtzeitig um alles kümmern. Unter der Bedingung, daß sie den staatlichen Plänen folgen und sich der staatlichen Kontrolle unterwerfen, erhalten die Betriebe nun die Befugnisse, flexible Betriebsformen zu wählen; Produktion, Versorgung und Vermarktung selbst zu planen; über die ihnen zustehenden Fonds selbst zu verfügen; nach den geltenden Bestimmungen ihre Mitarbeiter einzustellen oder zu entlassen; über die Ein-

Tabelle 1:
Bruttoproduktionswert von Landwirtschaft und Industrie

(Indexzahlen, 1952 = 100)

Jahr	Landwirtschaft		Industrie	
	Index	proz.Veränderung gegenü.Vorjahr	Index	proz.Veränderung gegenü.Vorjahr
1971	171,4		903,3	
1972	171,1	- 0,2	962,9	6,6
1973	185,5	8,4	1.054,2	9,5
1974	193,2	4,2	1.056,9	0,3
1975	202,1	8,9	1.216,4	15,1
1976	207,1	2,5	1.232,2	1,3
1977	210,6	1,7	1.408,4	14,3
1978	229,6	9,0	1.601,6	13,7
1979	249,4	8,6	1.737,7	8,5
1980	259,1	3,9	1.888,9	8,7
1981	276,2	6,6	1.966,3	4,1
1982	306,7	11,0	2.117,7	7,7
1983	335,9	9,5	2.340,1	10,5

Quellen: Zhongguo Tongji Nianjian 1983, Beijing 1983 und Zhongguo Tongji Zhaiyao 1984, Beijing 1984.

Tabelle 2:
Jährliches durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter und Bauern

	Arbeiter	Bauern
jährliches verfügbares Pro-Kopf-Einkommen (Yuan)		
- 1978	316	133,57
- 1983	526	309,77
absolutes Wachstum 1978-1983 (%)	66,5	131,9
durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)	10,7	18,3

Quelle: Zhongguo Tongji Zhaiyao 1984, Beijing 1984, sowie eigene Berechnungen.

Tabelle 3:
Gesellschaftliches Gesamtprodukt und Volkseinkommen (Indexzahlen, 1952 = 100)

Jahr	ges.Gesamtprodukt	Veränd. in %	Volkseink.	Veränd. in %	Rel.Volkseink./ges.Gesamtprodukt
1971	445,2		315,3		70,8
1972	465,0	4,4	324,5	2,9	69,8
1973	505,0	8,6	351,4	8,3	69,6
1974	514,6	1,9	355,2	1,1	69,0
1975	573,8	11,5	384,7	8,3	67,0
1976	581,8	1,4	374,3	-2,7	64,3
1977	641,7	10,3	403,6	7,8	62,9
1978	725,8	13,1	453,2	12,3	62,4
1979	787,5	8,5	484,9	7,0	61,6
1980	853,7	8,4	515,9	6,4	60,4
1981	893,0	4,6	541,2	5,0	60,6
1982	977,8	9,5	586,1	8,3	59,9
1983	1.074,6	9,9	639,4	9,1	59,5

Quellen: wie Tabelle 1.

stellung und den Einsatz der Arbeitskräfte, über Löhne und Vergütungen selbst zu entscheiden; im Rahmen der staatlichen Vorschriften die Preise für ihre Produkte festzulegen, usw. Die Unternehmen sollen also zu relativ unabhängigen Wirtschaftseinheiten werden, die eigenverantwortlich sind und als juristische Personen mit ge-

wissen Rechten und Pflichten agieren.

Der Problembereich "Zentralisierung versus Dezentralisierung" ist in einer Planwirtschaft im Prinzip auf die sogenannten laufenden Entscheidungen, also beispielsweise Größe und detaillierte Struktur der Gesamtproduktion eines Indu-

striesektors oder eines Unternehmens, Versorgungs- und Absatzpolitik, Form und Methoden der Entlohnung usw., beschränkt.(5) Im Sinne von W. Brus geht die Reform also, da Entscheidungen offenbar von der zentralen auf die mittlere Ebene - die Ebene der laufenden Entscheidungen - verlagert werden sollen, in Richtung auf Minimierung der Zentralisierung, anders ausgedrückt auf eine verstärkte Dezentralisierung. Erfolg kann eine solche Umstrukturierung jedoch nur dann haben, wenn auch die Rahmenbedingungen, unter denen die Betriebe zu arbeiten haben, entsprechend gestaltet und - wie es im konkreten chinesischen Kontext nötig ist - reformiert werden. Im folgenden ist deshalb zu untersuchen, welche Reformmaßnahmen hinsichtlich der wichtigsten Rahmenbedingungen vorgesehen sind.

4. Das System der Planung

Realistisch müsse erkannt werden - so das Reformdokument -, daß die Volkswirtschaftsplanung noch eine beträchtliche Zeitspanne nur annähernd genau und dehnbar sein werde. Es könne nicht mehr getan werden, als durch die Erreichung eines Gesamtgleichgewichtes und vermittels der Regulierung durch ökonomische Methoden eine wirksame Kontrolle über die wichtigen Bereiche auszuüben, für weniger wichtige jedoch Flexibilität zuzulassen. Das extensive Wachstum der sozialistischen Warenwirtschaft könne zu einer gewissen Unordnung in der Produktion führen; deswegen müsse es Anleitung, Regulierung und administrative Kontrolle durch Planung geben. Die grundlegenden Charakteristiken des Planungssystems werden aufgezählt:

1. Die Wirtschaft ist eine Planwirtschaft (jihua jingji), und zwar eine geplante Warenwirtschaft (jihua de shangpin jingji).
2. Die Produktion und der Austausch, die vollständig der Marktregulierung unterliegen, sind hauptsächlich auf gewisse landwirtschaftliche und Nebenerwerbsprodukte, kleine Güter des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen und das Reparaturgewerbe beschränkt, die alle eine ergänzende doch unverzichtbare Rolle in der Volkswirtschaft spielen.
3. Die Planwirtschaft bedeutet nicht notwendigerweise die Vorherrschaft der Befehlsplanung. Sowohl Befehls- wie auch Indikativplanung sind spezifische Formen der Planwirtschaft.
4. Die Indikativpläne müssen vor-

wiegend durch ökonomische Mittel ausgeführt werden.

Die Befehlsplanung soll nach und nach der Indikativ- oder Leitplanung Platz machen. Die Befehlsplanung soll auf wichtige Produkte angewendet werden, die eine direkte Bedeutung für die Volkswirtschaft und den Lebensstandard der Menschen haben und die durch den Staat zugeteilt und verteilt werden müssen. Das gleiche gilt für wichtige ökonomische Aktivitäten, die die Gesamtsituation betreffen.

Über die Frage, was unter "wichtigen Produkten" zu verstehen sei, geben "Einige vorläufige Regelungen über die Verbesserung des Planungssystems" Auskunft, die am 4. Oktober 1984 vom Staatsrat genehmigt wurden; die "Regelungen" waren von der Zentralen Planungskommission formuliert worden.(6) Hinsichtlich des Produktionsplanes heißt es, daß der Staat in der Landwirtschaft Leitpläne für Hauptnahrungsmittel erstellt, und zwar auf der Grundlage der von den Provinzen erstellten Pläne. Für den Ankauf und die Verteilung von für die Volkswirtschaft wichtigen landwirtschaftlichen Produkten, wie Getreide, Baumwolle, ölhaltige Früchte, Tabak, Jute, Amhari-Hanf, Schweine und Meeresprodukte der zweiten Kategorie, ist es nötig, feste Planziele in Bezug auf Quantitäten, Arten und Qualität aufzustellen. Es ist auch nötig, Ankaufverträge - von unten nach oben - abzuschließen, um die Planziele zu erreichen. In der Industrie werden Leitpläne für wichtige Industrieprodukte aufgestellt. Befehlspläne (die Quantitäten und Arten einschließen) sollten jedoch von der Zentrale für wichtige Produkte, wie Kohle, Erdöl und andere Ölarten, Walzstahl, NE-Metalle, Bauholz, Zement, Elektrizität, industrielle Basischemikalien, Kunstdünger, wichtige Maschinen und elektrische Ausrüstungen, Chemiefasern, Zeitungspapier, Zigaretten und Rüstungsgüter, die an die verschiedenen Einheiten verteilt oder von einem Ort an den anderen zu transferieren sind, aufgestellt werden.

Nach dem Prinzip der separaten Verwaltung können Ministerien, Provinzen, Autonome Regionen und Städte ihre eigenen Befehlspläne für einige wenige wichtige Industrieprodukte, die nicht in den staatlichen Plänen enthalten sind, in ihren Bereichen aufstellen. Die lokalen Verwaltungseinheiten sollten die Verantwortung für die Schaffung der Voraussetzungen zur Produktion dieser Güter übernehmen. Große Betriebe, die die staatlichen Pläne auszuführen haben, müssen sich an die Planquoten halten und sollten diese nicht an-

heben, falls die Produktionsaufgaben an andere vergeben werden. Es gibt nach wie vor weitere Pläne für die verschiedensten Bereiche. Im Bereich der Anlageninvestitionen muß die allgemeine Größenordnung der von den staatseigenen Einheiten zu tätigen Anlageninvestitionen entsprechend den Vorgaben kontrolliert werden. Bei den Investitionen in den Investbau ist der Staat verantwortlich für den Ausgleich und die Formulierung der Befehlspläne für jene Investbauprojekte, für die der Wechsel von den staatlichen Zuweisungen hin zu Krediten gilt. Des Weiteren ist der Staat verantwortlich für die Investbankkredite, die in den staatlichen Kreditplänen enthalten sind, sowie die von internationalen Kreditinstitutionen bzw. ausländischen Regierungen bereitgestellten Kredite.

Falls ein staatlicher Befehlsplan nicht erfüllt werden kann, müssen die vom Staat bereit gestellten Roh- und Halbmaterialien sowie die Energielieferungen auf den Plan des nächsten Jahres angerechnet werden. Außerdem wird eine Geldstrafe erhoben, die aus dem zurückbehaltenen Fonds des Betriebes gezahlt werden muß.

5. Einführung eines rationalen Preissystems

Das Reformdokument übt scharfe Kritik an der bestehenden Preisstruktur. Die Preise vieler Waren spiegeln weder ihren Wert noch die Angebots- und Nachfrageverhältnisse wider. Die Irrationalität des Preissystems käme auch in folgender Weise zum Ausdruck: es gebe nicht-adäquate Preisunterschiede für bestimmte Produkte mit unterschiedlichen Qualitäten; die Preisrelationen zwischen verschiedenen Warenarten seien unangemessen, beispielsweise seien die Preise für einige Mineralien, Roh- und Halbmaterialien relativ niedrig; die Einzelhandelspreise wichtiger landwirtschaftlicher und Nebenerwerbsprodukte seien niedriger als die staatlichen Ankaufspreise. In dem zuletzt genannten Punkt wird die Subventionspraxis des Staates angesprochen. Bereits 1981 hatten die Preissubventionen ein Drittel der gesamten Staatsausgaben betragen.(7)

Für die Preisreform wurden drei Prinzipien genannt:

1. Die irrationale Preisstruktur soll auf der Basis des äquivalenten Tauschs und entsprechend Angebots- und Nachfrageverhältnissen verändert werden.
2. Die Preiserhöhungen im Rohstoffsektor sollen weitgehend von den Weiterverarbeitungsbetrieben durch bessere Nutzung der Materialien aufgefangen

werden; der Staat ist nur bereit, mittels Steuerermäßigungen bzw. Steuerbefreiungen einen Teil der Kosten zu tragen.

3. Hinsichtlich der Differenzen zwischen den staatlichen Ankauf- und den Einzelhandelspreisen sollen wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden, um nicht das Realeinkommen der Bevölkerung zu tangieren. In Übereinstimmung mit dem Wachstum der Produktivität und der Verbesserung der wirtschaftlichen Ergebnisse sollen die Löhne nach und nach angehoben werden.

In den "Vorläufigen Regelungen" heißt es, daß die Preise im Bereich der Befehlspläne die vom Staat festgesetzten einheitlichen Preise sein sollen, falls es nicht ausdrücklich vom Staat anders geregelt ist. Die Preise industrieller Produktionsmittel sollen innerhalb der vom Staat angegebenen Margen flottieren können. Das gleiche gilt für die Preise von Subsistenzmitteln und die landwirtschaftlichen Produktionsmittel.

Es bleibt abzuwarten, zu welchen direkten und indirekten (Verteilungs-)Wirkungen die Preisreform führen wird. Die Führung ist - so das Dokument - entschlossen, keine Inflationsspirale zuzulassen.

6. Zur Rolle der Regierungsorgane
Es müsse - so das Reformdokument - mit der eingerissenen Praxis Schluß gemacht werden, daß staatliche Führungsorgane Betriebe und andere Einheiten von sich abhängig machten. Regierungsabteilungen auf den verschiedenen Ebenen sollen ab sofort - prinzipiell - Betriebe nicht mehr direkt betreiben oder führen. Die Funktionen von Regierungsorganen und Betrieben sollen getrennt werden.

Für die Regierungsorgane verbleiben dann die folgenden Aufgaben bei der Wirtschaftsverwaltung: sie sollten die Strategie, die Pläne, Prinzipien und Maßnahmen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung formulieren; Pläne für die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, zur technologischen Umgestaltung und zur Entwicklung der intellektuellen Ressourcen entwickeln; die Entwicklungspläne der lokalen Ebenen und Betriebe sowie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen koordinieren; den Bau von Schlüsselprojekten, insbesondere im Bereich des Energie- und Transportwesens sowie in den Roh- und Halbmaterial-Industrien, leiten; wirtschaftliche Informationen sammeln und verteilen sowie lernen, wie ökonomische Regulierungsmechanismen verwendet

werden; ökonomische Regeln und Vorschriften ausarbeiten und ihre Ausführung überwachen; innerhalb eines festgeschriebenen Bereichs Kader ein- und absetzen; Angelegenheiten verwalten, die in Verbindung stehen mit dem externen wirtschaftlichen und technologischen Austausch und der Zusammenarbeit usw. Auch die Städte erhalten neue Vollmachten, was im Zusammenhang mit den neu gebildeten Wirtschaftszonen der verschiedensten Art gesehen werden muß.

7. Das Verantwortlichkeitssystem in den Betrieben

Die grundlegenden Prinzipien des Verantwortlichkeitssystems, das bereits seit geraumer Zeit auch in der Industrie in ausgewählten Bereichen auf Versuchsbasis eingeführt worden war, sind eine Kombination von Verantwortlichkeit, Autorität und Nutzen. Die Einheit der Interessen des Staates, der Kollektive und der Einzelnen soll erreicht werden, ferner soll das Einkommen der Arbeiter und Angestellten mit ihren Leistungen verknüpft werden. Aufgrund der weit vorangetriebenen Arbeitsteilung in den Betrieben und der Komplexität der Kooperationsbeziehungen ist ein einheitliches Führungsprinzip vonnöten. Dies fordert geradezu die Position eines Direktors oder Managers, der die volle Verantwortlichkeit für den Betrieb übernimmt. Gleichzeitig muß jedoch den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zur angemessenen Vertretung ihrer Interessen gegeben werden. Hier werden die Arbeiterkongresse bzw. Gewerkschaftsorganisationen ihre wichtige Rolle zu spielen haben.

In gewisser Weise ist auch die Ersetzung der Gewinnabführung durch die Steuerzahlung ein Teil des Verantwortlichkeitssystems. Seit 1983 hatten die staatlichen Betriebe die erste Phase der Reform durchgeführt. Die gewinnerzielenden Betriebe hatten Einkommensteuern bezahlt, anstatt die gesamten Gewinne an den Staat abzuführen.⁽⁷⁾ Die Betriebe waren dann für Investitionen, die nun auch über Kredite finanziert werden können, sowie ihre verschiedenen Ersatz- und Sozialfonds selbst verantwortlich. Die Erfahrungen mit der ersten Phase hatten gezeigt, daß die Ergebnisse auch für den Staat verbessert werden konnten. Im Jahre 1983 erzielten die staatlichen Betriebe 4,2 Mrd. Yuan mehr Gewinne als im Jahre 1982. Der Staat erhielt 61,8 % der Gewinne und die Betriebe die restlichen 38,2 %. Dies spiegelt das Prinzip wider, daß der Staat den größten Teil der Gewinne erhält, die Betriebe den zweitgrößten und die Individuen über die Prämienfonds den Rest.

Am 18. September 1984 genehmigte der Staatsrat den "Bericht über die zweite Phase zur Umstrukturierung des Systems der Ersetzung von Gewinnabführungen durch Besteuerung für die staatlichen Unternehmen" des Finanzministeriums. Ferner wurden "Regelungen" über die versuchsweise Einführung des neuen Systems in den Staatsbetrieben erlassen, die am 1. Oktober 1984 in Kraft traten.

8. Unterschiedliche Eigentums- bzw. Wirtschaftsformen

Ausdrücklich erkennt das Reformdokument drei Eigentums- bzw. Wirtschaftsformen an. Die führende Kraft in der sozialistischen Wirtschaft bilden natürlich die staatseigenen Betriebe. Der Kollektivwirtschaft kommt eine wichtige Rolle zu; in vielen Bereichen der Produktion und des Aufbaus kann ihr freie Hand gelassen werden. Die Individualwirtschaft (oder Privatwirtschaft) ist mit dem sozialistischen öffentlichen Eigentum verbunden und spielt eine unersetzbare Rolle bei der Erweiterung der Produktion, bei der Befriedigung der täglichen Bedürfnisse der Menschen und bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen. Die Individualwirtschaft sollte nach den Vorstellungen der Reformer insbesondere in den Wirtschaftsbereichen gefördert werden, die hauptsächlich mit Dienstleistungen zu tun haben und wo eine dezentralisierte Wirtschaftsweise möglich ist. Gegen Ende 1983 gab es im Bereich der Industrie und des Handels bereits 5,4 Mio. privat wirtschaftende Haushalte.⁽⁹⁾

Einige kleine staatseigene Betriebe könnten - so das Reformdokument - sogar an Kollektive oder Private verpachtet oder von ihnen auf Vertragsbasis betrieben werden.

9. Zur Rolle der Kader bzw. der Intelligenz

Der Erfolg der chinesischen Wirtschaftsreform hängt wesentlich davon ab, ob die sie tragenden Schichten von der Ausbildung und von der Motivation her in der Lage sind, die geplanten Maßnahmen in die Praxis umzusetzen und dauerhaft zu verankern. In vielen Führungspositionen der chinesischen Wirtschaft befinden sich "alte Genossen", die zwar im Kampf um die Erringung der Macht damals Bedeutendes geleistet hätten, deren Ausbildung und Elan aber heute nicht mehr ausreichen, mit den Anforderungen der sich schnell modernisierenden Wirtschaft Schritt zu halten. Sie werden nun "weggelobt", was sicherlich nur dann in dem gewünschten Maße gelingen kann, wenn ihre materielle Versorgung gesichert ist. Benötigt werden nun "Manager", die neben wirtschaftlichen und technischen

Kenntnissen auch jene Kreativität und jenen Reformgeist besitzen, mit dem der schnelle Aufbau der Wirtschaft ins Werk gesetzt werden kann. Bis Ende 1985 sollen nach den Vorstellungen des Zentralkomitees die Führungsgremien der Betriebe - Fabrikdirektoren, Ingenieure, Chefbuchhalter usw. - neu geordnet werden.

Gleichzeitig mit der Neuordnung der Führungsgremien der Betriebe soll ein Ende gemacht werden mit der Mißachtung von Wissenschaft und Technik - mit der Diskriminierung von Intellektuellen überhaupt. Die gesellschaftliche Stellung der Intellektuellen soll angehoben, und ihre zuweilen im Vergleich zu Arbeitern grotesk anmutenden Arbeitsbedingungen sollen nachhaltig verbessert werden. Für Erfindungen im wissenschaftlich-technischen Bereich werden reichliche Belohnungen ausgelobt.

9. Kurze Zusammenfassung

Nach der Reform der Landwirtschaft, die 1978 begann, wurden auch in der Industriewirtschaft Teilreformen auf Versuchsbasis eingeführt. Am 20. Oktober 1984 verabschiedete die chinesische Führung ein Dokument zur Wirtschaftsreform, das die Reformdiskussion der vergangenen Jahre zusammenfaßt, jedoch wegen seiner vagen Formulierungen vor allem für den Maßnahmenbereich wahrscheinlich einen Kompromiß darstellt.

Im Zentrum des Dokumentes stehen die Beziehungen zwischen Regierungs- und Verwaltungsorganen einerseits sowie den Betrieben im urbanen Bereich andererseits. Beabsichtigt ist eine weitgehende Funktionstrennung, wobei die Betriebe wesentliche Entscheidungsbefugnisse erhalten. Die Reform beinhaltet einen großen Schritt hin zur Dezentralisierung.

Die chinesische Wirtschaft wird als "geplante Warenwirtschaft" bezeichnet. Befehls- und Indikativ (Leit)planung stehen nebeneinander, letztere soll durch ökonomische Mittel implementiert werden. Der Markt soll sich auf gewisse landwirtschaftliche und Nebenerwerbsprodukte sowie auf den Dienstleistungssektor beschränken. Im Reformdokument heißt es, daß "wichtige Produkte" der Befehlsplanung unterliegen. Ein Dokument des Zentralen Planungskomitees bestimmt, daß im Bereich der Industriewirtschaft dies folgende Güter sind: Kohle, Erdöl und Ölprodukte, Walzstahl, NE-Metalle, Bauholz, Zement, Elektrizität, industrielle Basischemikalien, Kunstdünger, wichtige Maschinen und elektrische Ausrüstungen, Chemiefasern, Zeitungspapier, Zigaretten und Rüstungsgüter. Die Befehlspla-

nung gilt auch für die Anlagen- und Investbau-Investitionen.

Die irrationale Preisstruktur soll beseitigt werden, die Prinzipien des äquivalenten Tauschs sowie Angebots- und Nachfrageverhältnisse sollen beachtet werden. Innerhalb der Befehlspläne setzt der Staat die Preise fest. Mineralische und andere Rohstoffe werden teurer, Betriebe der weiterverarbeitenden Industrien sollen durch sparsame Verwendung von Rohstoffen und Erhöhung der Produktivität den Kostenschub auffangen. Der Staat ist nur bereit, einen Teil der Mehrkosten zu tragen. Das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten soll durch Lohnerhöhungen sichergestellt werden, aber nur in Abhängigkeit von der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.

Das Verantwortlichkeitssystem in den Betrieben gibt dem Betriebsdirektor eine starke Stellung. Die Gewinnabführung wird durch ein Steuersystem ersetzt. Die Betriebe sind selbst für die meisten Investitionen verantwortlich, die nun mittels Krediten finanziert werden können.

Drei Eigentums- bzw. Wirtschaftsformen werden ausdrücklich anerkannt: die volkseigenen Betriebe als führende Kraft, Kollektivbetriebe und als Ergänzung die Individual(Privat)betriebe, die bereits vorwiegend im Dienstleistungssektor arbeiten und sich dort ausbreiten sollen, wo eine dezentralisierte Wirtschaftsweise möglich ist.

Die entscheidende Rolle von Wissenschaft und Technik für die Modernisierung des Wirtschaftssystems wird erkannt. "Alte Geoszen" werden weggelobt, benötigt werden "Manager", die neben wirtschaftlichen und technischen Kenntnissen auch Kreativität und Reformgeist besitzen sollen. Ende 1985 soll die Neuordnung der Führungsgremien der Betriebe beendet sein.

Anmerkungen:

- 1) Veröffentlicht unter der Überschrift "Zhongyang guanyu jingji tizhi gaige de jueding", in: RMRB, 21. 10. 1984; englische Übersetzungen von der Xinhua News Agency, und zwar einmal als Special Issue, 22. 10. 1984 und in SWB, 22. 10. 1984; deutsch in BRu, Nr. 44, 30. Okt. 1984, S.I-XVI.
- 2) Vgl. BRu, Nr. 44, 30. Okt. 1984, S.6.
- 3) Vgl. hier das maßgebliche Dokument Nr. 1/1984 in RMRB, 12. 6. 1984 (englische Übersetzung Xinhua, 11. Juni 1984, nach SWB, 14. 6. 1984), das Vorstellungen der Führung auf diesem Gebiet

zusammenfaßt. (4) So der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin. Vgl. XNA, 9. 10. 1984.

- 5) Vgl. dazu Brus, W., Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1972, S.16 f.
- 6) Vgl. Xinhua, 9. Okt. 1984, zit. nach SWB, 13. Okt. 1984.
- 7) Vgl. dazu Louven, Erhard, Chinesische Wirtschaftsterminologie: Definitionen und Kompatibilitätsprobleme. Teil III, in: C.a., Januar 1984, S.35.
- 8) Vgl. auch im folgenden C.a., September 1984, S.497 f.
- 9) Vgl. Zhongguo Fazhi Bao, 6. Jan. 1984.